

PRESSEINFORMATION

WIRTSCHAFT/HANDEL/ACSP
20.09.2022

Händler und Shopping-Center vereinbaren Kooperation zum Energiesparen

Gemeinsame Forderung nach Reform des Merit-Order-Systems und Ausweitung des Energiekostenzuschusses auf alle Handelsunternehmen.

Wien (OTS) - Die **explodierenden Energiepreise** gefährden nicht nur den Wohlstand der österreichischen Bevölkerung, sie stellen auch die größte Herausforderung für alle Unternehmen des Landes dar. Bereits jetzt droht 6.000 Geschäften bis Jahresende die Schließung. Die Interessensvertretungen der heimischen Shopping-Center und Händler haben daher eine **bundesweite Kooperation** geschlossen, um gemeinsam Energie zu sparen, ohne dass das Kundenerlebnis darunter leidet.

Der vom **Handelsverband (HV)** im Schulterschluss mit dem **Austrian Council of Shopping Places (ACSP)** ausgearbeitete Pakt umfasst umfangreiche Empfehlungen an die Mitgliedsunternehmen für Energie-Sparmaßnahmen in den vier Bereichen **Beleuchtung** (u.a. flächendeckende Umstellung auf LED; verstärkter Einsatz von Bewegungsmeldern; Reduzierung der Beleuchtungsintensität), **Klimatisierung** (u.a. Senkung der Raumtemperaturen; Optimierung der Kühltemperaturen), **Belüftung** (u.a. Intervall-Schaltung statt Dauerlauf; Herunterfahren der Belüftungsanlagen außerhalb der Öffnungszeiten) und **Elektrogeräte** (u.a. Einsatz von Zeitschaltuhren; breitflächige Umstellung auf Energieklasse A) sowie ein noch stärkerer Fokus auf **Schulungen der Mitarbeiter:innen**.

"Unsere Branche hat die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie noch lange nicht verdaut, jetzt kämpfen wir mit einer Verteuerung der Stromkosten von durchschnittlich 219 Prozent. Die steigenden Energiepreise gefährden den Wirtschaftsstandort Österreich und 600.000 Arbeitsplätze allein im Handel. Energiesparen wird damit zum Gebot der Stunde. Daher setzen wir gemeinsam mit den heimischen Einkaufszentren umfassende Schritte, um möglichst viel Strom einzusparen", sagt Handelsverband-Geschäftsführer **Rainer Will**.

Christoph Andexlinger, Obmann des ACSP bestätigt: *"Die heimischen Betreiber von Handelsimmobilien und die Händler, Gastronomen und Dienstleistungsbetriebe, die an diesen Handelsstandorten ihre Geschäfte führen, leisten durch ständige Modernisierungen schon seit längerem einen wertvollen Beitrag zur Optimierung des Energieverbrauchs. Damit nehmen sowohl Bestandsnehmer als auch Bestandsgeber ihre gesellschaftliche Verantwortung und Vorbildwirkung jedenfalls umfangreich wahr. Gleichzeitig sind jedoch in Anbetracht der explodierenden Energiepreise rasche und unkomplizierte Maßnahmen erforderlich, die die Aufrechterhaltung des Betriebs im Handel – und mit ihm in den Handelsimmobilien – ermöglichen; hier ist wahrlich Gefahr in Verzug!"*

Mehrheit der Händler erhalten keinen Energiekostenzuschuss – Anpassung im nationalen Gesetz für 2022 entscheidend!

Der Energiekostenzuschuss steht laut Bundesregierung kurz vor der Fertigstellung. Ein Großteil der österreichischen Handelsbetriebe wird dabei wohl durch die Finger schauen, sollte an den bisherigen Eckpunkten festgehalten werden.

Der Handelsverband appelliert deshalb an die Bundesregierung, von den beihilferechtlichen Möglichkeiten, die die EU eröffnet, auch im Vollumfang Gebrauch zu machen. *"Die Aussagen, dass der 'EU-Beihilferahmen nicht mehr hergibt' lassen wir nicht gelten. Im EU-Beihilferahmen ist sehr wohl eine Unterstützung für alle Unternehmen, die mit einem außergewöhnlichen, starken Anstieg der Erdgas- und Strompreise kämpfen, vorgesehen",* so **Will** im Namen der österreichischen Händler.

Ausweitung EU-Beihilferahmen auf 2023 und Weiterentwicklung des Merit-Order-Systems auf EU-Ebene überfällig

Im Übrigen muss der EU-Beihilferahmen unbedingt auch auf 2023 ausgeweitet werden, um die betroffenen Händler in der Krise zu unterstützen.

"Neben der Ausweitung des EU-Beihilferahmens für den Energiekostenzuschuss im Jahr 2023 braucht es auf EU-Ebene zudem jetzt endlich ein Handeln, um das Merit-Order-System weiterzuentwickeln", appelliert Handelsverband-Präsident **Stephan Mayer-Heinisch** an die politischen Entscheidungsträger:innen.

Weitere Auskünfte:

Dr. Roman Schwarzenecker

Generalsekretär ACSP

(Mail: office@acsp.at; Tel: 0676 9357575)